

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Korrespondenzblatt des Bernischen Lehrervereins = Bulletin de la Société des instituteurs bernois**

Band (Jahr): **13 (1911-1912)**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Statistik der Gemeindebesoldungen der Primarlehrerschaft des Kantons Bern mit Einbezug der Naturalien.

Im Auftrage des Kantonalvorstandes des Bernischen Lehrervereins zusammengestellt
durch das Sekretariat des Bernischen Lehrervereins.

Statistique des traitements communaux du corps enseignant primaire du canton de Berne y compris les prestations en nature.

Elaborée au nom du Comité cantonal de la «Société des instituteurs bernois» par le Secrétariat permanent
de la «Société des instituteurs bernois».

Vorwort.

In seinem Bericht vom 22. März 1912 über den Stand der Naturalienfrage beantragte Herr Dr. Trösch, es sei im Hinblick auf die im ganzen Kanton nach der stetig zunehmenden Lebensverteuerung notwendig werdenden lokalen Besoldungseingaben eine Zusammenstellung der Besoldungen in jeder Gemeinde im Korrespondenzblatt zu publizieren. In der Begründung dieses Antrages führte Herr Dr. Trösch folgendes aus: «Der Antrag hätte nach meinen Berechnungen die Herausgabe einer circa 30seitigen Separatnummer (Besoldungsnummer!) des Korrespondenzblattes zur Folge und würde der Lehrerschaft jeder einzelnen Gemeinde das interessanteste und reichhaltigste Vergleichsmaterial in die Hand geben und ihnen so die Abfassung einer wohlbegründeten und reichbelegten Eingabe um Erhöhung der Gemeindebesoldung oder der Barentschädigungen nicht nur erleichtern, sondern geradezu aufdrängen. Auch die Lehrer grösserer Gemeinden würden beim Vergleich mit den Wohnungs-, Holz- und Landpreisen und -entschädigungen bemerken, dass die Lehrer kleinerer und kleinster Gemeinden oft erheblich besser gestellt sind als sie.»

Der Kantonalvorstand hat den Antrag angenommen und den Sekretär beauftragt, die Zusammenstellung zu besorgen. Eine Besoldungsnummer ist es allerdings nicht geworden, sondern eine eigene Broschüre, da sich das Format des Korrespondenzblattes zu dieser statistischen Zusammenstellung nicht eignete. Um ganz zuverlässige Angaben zu erhalten, wurden an die Lehrerschaft eines jeden Schulortes Probeabzüge versandt, auf denen Korrekturen angebracht werden konnten. Die Aenderungen, die sich auf die ortsüblichen Preise bezogen, wurden nur ganz ausnahmsweise berücksichtigt, wenn schon auch da eine Steigerung in den letzten zwei Jahren eingetreten sein sollte. Die Angaben, die aus der Enquete stammen, sind durch die Unterschrift von Gemeindebehörden erhärtet und dürfen ohne Not nicht abgeändert werden. Grosse Differenzen wurden übrigens nicht gemeldet. Die Rubrik «Steuerbares Vermögen pro Primarschulklasse» gab namentlich den Lehrern, die zugleich Gemeindeschreiber sind, Anlass zu Kopfschütteln, da die Zahlen mit ihrem Steuerrodel nicht stimmten. Dies ist leicht erklärlich. Die Angaben stützen sich auf den Regierungsratsbeschluss vom 13. April 1910 zur Ermittlung des ausserordentlichen Staatsbeitrages an besonders belastete Gemeinden. Gemäss demselben wurde das reine Steuerskapital je nach dem Steuerfuss vermehrt oder vermindert, um ein richtiges Bild

Avant-propos.

Dans son rapport du 22 mars 1912 concernant l'état de l'«Enquête relative aux prestations en nature», M. le Dr Trösch proposait, en considération des requêtes locales devenues partout absolument nécessaires par suite du renchérissement constant de la vie, la publication dans le Bulletin d'un tableau statistique indiquant pour chaque commune le traitement alloué au corps enseignant. M. le Dr Trösch disait entre autres: «Cette proposition nécessiterait, selon mes calculs, l'édition d'un numéro spécial du Bulletin de 30 pages environ (Bulletin des traitements!) et offrirait au corps enseignant de chaque commune un matériel de comparaison des plus intéressants et des plus utiles, qui leur serait d'un secours incontestable lors de l'élaboration de requêtes motivées tendantes à l'augmentation du traitement en espèces ou des indemnités représentatives. Non seulement cette statistique faciliterait le travail, mais elle pousserait même à l'action. Même les instituteurs de grandes communes trouveraient là matière à comparaison et constateraient souvent qu'en tenant bien compte des indemnités représentatives de logement, de bois et de terrain, que les collègues de petites communes sont souvent beaucoup mieux rétribués que l'instituteur de communes importantes.»

Le Comité cantonal a accepté cette proposition et chargé le secrétaire de préparer un tableau statistique. Ce travail n'est pas publié sous forme d'un numéro du Bulletin, mais en brochure, étant donné que le format du Bulletin ne s'approprairait pas à l'impression de tableaux statistiques.

Afin d'obtenir des indications tout à fait exactes, il a été expédié au personnel enseignant de chaque localité des épreuves sur lesquelles il pouvait indiquer les rectifications désirables. Les changements relatifs aux prix locaux usuels n'ont été pris en considération que d'une manière exceptionnelle, bien que dans ce domaine aussi une augmentation sensible se soit fait sentir ces deux dernières années. Les données fournies par les formulaires d'enquête portent un caractère officiel par la signature des autorités locales et ne sauraient être modifiées sans nécessité. Au reste, on ne nous a pas signalé de différences notables.

La rubrique «Capital imposable par classe primaire» a provoqué, particulièrement chez les collègues qui remplissent les fonctions de secrétaire ou de receveur communal, un hochement de tête, étant donné que les chiffres ne coïncidaient nullement avec ceux des registres. Le fait s'explique

von der finanziellen Situation unserer Gemeinden zu erhalten. Z. B. hat die Gemeinde Aarberg reines Steuerkapital Fr. 17,547,000, Steuerfuss 2 ‰, Erhöhung 30 ‰, macht Fr. 22,811,000, so dass auf eine der fünf Primarschulklassen Fr. 4,562,000 entfallen. Umgekehrt beträgt das reine Steuerkapital von Lyss Fr. 12,316,000; der Steuerfuss beläuft sich auf 3,8 ‰. Hier tritt eine Verminderung um 30 ‰ ein. Demnach bleibt anrechenbares Steuerkapital Fr. 8,621,000, was auf eine der zehn Primarschulklassen Fr. 862,000 ausmacht.

Abgestellt wurde auf die Vierzimmerwohnung, welche die Lehrer mit Fug und Recht fordern können. Nur wo keine Vierzimmerwohnung in der Gemeinde zu haben war, zog man die Dreizimmerwohnung zum Vergleich herbei. Wo überhaupt keine anständige Mietwohnung vorhanden ist, liess man den Vergleich mit den ortsüblichen Preisen ganz fallen.

Auf ein längeres Vorwort kann füglich verzichtet werden; hier können und sollen einzig die Zahlen sprechen. Und diese Zahlen sagen dem Verständigen viel; sie erzählen von dumpfen, zerfallenen Lehrerwohnungen, durch die im Winter der Wind pfeift; sie erzählen von ganz ungenügenden Entschädigungen; sie beweisen, dass im Kampfe um die Verbesserung des Naturalienwesens die Lehrerschaft nicht unberechtigte Forderungen stellt, sondern dass sie einzig und allein für ihre gesetzlichen Rechte eintritt. Die Zahlen sprechen zu den Gemeindebehörden! Sie sagen ihnen, dass es mancherorts am Nötigsten fehlt, und sie legen es ihnen nahe, Abhilfe zu schaffen und dem Lehrer das zu geben, was dem Lehrer gehört. Die Zahlen sprechen aber auch zu den Staatsbehörden! In der Eintretensdebatte über das Gesetz betreffend die Besoldungen der Primarschullehrer sagte Herr Regierungsrat Lohner: «Die Naturalleistungen weisen natürlich im ganzen Kanton herum grosse Verschiedenheiten auf. Aus diesen Verschiedenheiten folgen aber auch wesentliche Unbilligkeiten. Weil keine mit Erfolg durchführbaren einheitlichen Normen darüber existieren, so mussten sich diese Unbilligkeiten notgedrungen ergeben. Nach meinem Dafürhalten muss da ein Ausgleich geschaffen werden.» Wir verdanken dem verehrten Chef der Unterrichtsdirektion diese freimütige Aeusserung bestens und geben zugleich der Hoffnung Raum, dass es doch noch gelingen werde, durch einheitliche Normen die Unbilligkeiten zu beseitigen. Die bernische Lehrerschaft wird demnächst an den Regierungsrat zu Händen des Grossen Rates eine Eingabe richten, in der sie um Interpretation des § 14 des Schulgesetzes nachsucht. Möge das düstere Bild, das die nachstehenden Zahlen entrollen, in massgebenden Kreisen die Ueberzeugung wecken, dass eine gründliche Regelung des Naturalienwesens zur dringenden Notwendigkeit geworden ist. Die schreienden Missstände, die durch die Statistik zu Tage gefördert wurden, gereichen dem grossen, stolzen Kanton Bern sicherlich nicht zur Ehre und bedürfen rascher, durchgreifender Abhilfe.

Bern, den 9. Juli 1912.

Der Kantonalvorstand des Bernischen Lehrervereins.

aisément. Les données sont basées sur l'arrêté du Conseil-exécutif du 13 avril 1910 concernant le subsidé extraordinaire de l'Etat aux communes ayant de lourdes charges et des facultés contributives restreintes. Selon ce décret, le capital imposable était augmenté ou réduit en proportion de la cote d'impôt (‰), afin d'obtenir une image exacte de la situation financière des communes. C'est ainsi par exemple que la commune d'Aarberg a un capital imposable de fr. 17,547,000, une cote de 2 ‰, une augmentation de 30 ‰ porte la somme à fr. 22,811,000, de sorte que nous avons pour chacune des cinq classes primaires fr. 4,562,000. En revanche, Lyss dispose d'un capital imposable absolu de fr. 12,316,000; la cote est de 3,8 ‰. Dans ce cas, le capital subit une diminution de 30 ‰, ce qui porte le capital à fr. 8,621,000, soit pour une des dix classes primaires à fr. 862,100.

On s'est basé sur le logement de quatre pièces (chambres) que l'instituteur a le droit de revendiquer. Cependant, dans les communes où il n'existe pas de logement de quatre pièces, il a fallu tabler sur un logement de trois chambres. Partout où il n'est pas possible de trouver dans la commune un logement convenable, on a renoncé à toute comparaison avec les prix locaux usuels.

Nous pouvons renoncer à un avant-propos plus détaillé, car les chiffres sont suffisamment éloquents par eux-mêmes et se passent de commentaire, car ils disent beaucoup à qui veut entendre. Ils parlent de demeures d'instituteurs sombres et délabrées, à travers lesquelles le vent siffle en hiver, et d'indemnités absolument dérisoires. Ils prouvent surabondamment que, dans sa lutte pour l'amélioration de sa situation matérielle, le corps enseignant n'a que des revendications absolument légitimes, et qu'il ne fait que réclamer la garantie de ses droits légaux. Les chiffres doivent ouvrir les yeux aux autorités communales! Ils leur apprendront qu'en bien des endroits, le plus nécessaire fait défaut, et qu'il dépend d'elles de remédier aux abus et d'accorder à l'instituteur ce qui lui revient. Enfin, ces chiffres parlent également aux autorités cantonales!

Lors des débats sur l'entrée en matière concernant la loi relative aux traitements des instituteurs primaires, M. Lohner, conseiller d'Etat, s'exprimait ainsi: «Il est certain que les prestations en nature présentent dans le canton des différences très notables desquelles résultent des injustices assez criantes. Comme il n'existe pas de normes applicables à tous les cas, il va de soi que la voie reste ouverte à toutes ces injustices, qui ne disparaîtront que lorsqu'on aura trouvé le moyen de remédier à ces inégalités.»

Nous remercions le chef du département de l'Instruction publique de ses paroles franches et espérons qu'on réussira encore à faire disparaître ces injustices en établissant bientôt des normes applicables à tous les cas.

Aussi le corps enseignant bernois adressera prochainement au Grand Conseil, par l'intermédiaire du Conseil-exécutif, une requête dûment motivée demandant l'interprétation du § 14 de la loi scolaire. Nous souhaitons que le tableau vraiment triste qu'expose l'éloquence de ces chiffres désillent les yeux et établissent enfin dans les cercles que cela concerne la conviction que le règlement sérieux de la question des prestations en nature est devenue une nécessité urgente. Les abus criants que cette statistique a mis au jour sont loin de constituer un honneur pour le grand et riche canton de Berne et appellent au plus tôt une réforme des plus complètes.

Berne, le 9 juillet 1912.

Le Comité cantonal de la Société des instituteurs bernois.